



Robert Wick, Julia Quade

Bürgerbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern – hinter dem Trend?

Erkenntnisse aus der Beteiligungspraxis

Viele erfolgreiche Beteiligungsverfahren belegen sehr anschaulich ihren Mehrwert. Insbesondere in den großen Städten ist die Beteiligung zu einem wesentlichen Faktor in den Planverfahren geworden. Dazu ist inzwischen eine Vielzahl von – auch digitalen – Formaten entwickelt worden, mit denen es gelingt, die Bürger mitzunehmen und ihre Ortskenntnisse in den Prozess einzubringen. Unbestritten ist aber auch, dass mit den Verfahren ein erheblicher Aufwand verbunden ist, der personelle und finanzielle Ressourcen erfordert, über die die Großstädte im Regelfall verfügen. Das Kontrastprogramm hierzu liefern hingegen kleinere Städte und Gemeinden. Insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen, deren Entwicklungsperspektive begrenzt ist, hat die Beteiligung der Betroffenen einen anderen Stellenwert als in den Großstädten. Unbestritten ist aber auch, dass mit den Verfahren ein erheblicher Aufwand verbunden ist, der personelle und finanzielle Ressourcen erfordert, über die die Großstädte im Regelfall verfügen.

Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern

Das Kontrastprogramm hierzu liefern hingegen kleinere Städte und Gemeinden. Insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen, deren Entwicklungsperspektive mit Herausforderungen verbunden ist, hat die Beteiligung der Betroffenen einen anderen Stellenwert als in den Großstädten. Ein ganz besonderes Beispiel dazu ist das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern, das mit 70 Einwohnern pro m² die niedrigste Einwohnerdichte ganz Deutschlands aufweist. Seit der letzten Bundestagswahl sind die Unterschiede zwischen den urbanen Räumen der Republik jetzt auch in der politischen Präferenz und den damit verbundenen Grundhaltungen ganz deutlich geworden.

Hier treffen verschiedene Faktoren aufeinander, die sich im Endeffekt dann noch gegenseitig verstärken:

- Alterung der Gesellschaft und Abwanderung jüngerer Menschen
- Fachkräftemangel
- Schrumpfung der Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- Leerstand und Verfall von Gebäuden
- nachlassender sozialer Zusammenhalt und Engagement
- Wahrnehmung und Selbstbewusstsein (negatives Image – erschwert Investitionen, Zuzug und Innovation)
- das Gefühl, abgehängt zu sein und nicht in seinen Bedürfnissen gesehen zu werden.

Aber auch hier finden Planungsprozesse statt, in denen das BauGB eine Beteiligung vorschreibt. Auch für die Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts hat das Land die Beteiligung der Bürger zwingend vorgeschrieben. Die Ausgestaltung eines Beteiligungsprozesses bleibt in der Regel aber der jeweiligen Kommune selbst überlassen.

Hier machen sich die begrenzten Ressourcen deutlich bemerkbar. Die Verwaltungen, insbesondere die Bauverwaltungen, sind hier im Gegensatz zu denen in urbanen Räumen deutlich schwächer aufgestellt. In vielen Bauämtern ist die Stelle für die Stadtplanung meist mit nur einer Person besetzt.

Die begrenzten personellen Ressourcen treffen zudem auf eine Bevölkerung, in der bürgerschaftliches Engagement nicht stark ausgeprägt ist. Gerade die letzten Wahlergebnisse belegen sehr anschaulich die Grundhaltung großer Teile der Bevölkerung, die durch Ablehnung der demokratischen Institutionen und das Gefühl, abgehängt zu sein, gekennzeichnet ist. Komplexe und abstrakte Inhalte lassen sich in solchen Strukturen nur sehr schwer vermitteln.

Fehlentwicklungen in der Vergangenheit

Rückblickend lässt sich zudem feststellen, dass gerade vor der Gemengelage aus begrenzten Ressourcen einerseits und geringen Ambitionen zur Entwicklung einer ausgeprägten Beteiligungskultur innerhalb der Verwaltung andererseits in den Beteiligungsformaten Fehlentwicklungen zu beobachten waren. Klassische Formate, wie Bürgerversammlungen und Infoabende, funktionieren insbesondere seit Corona zunehmend schlechter, weil sie meist nur eine kleine, ohnehin politisch aktive Gruppe erreichen. Viele Menschen haben schlicht keine Lust, nach einem langen Arbeitstag abends in einem schlecht belüfteten Raum mit wenig Licht zu sitzen, sich berieseln zu lassen oder sich möglicherweise noch über kontroverse Themen zu ärgern. Zudem sind viele strategische Ansätze zu abstrakt formuliert, sodass es der Bevölkerung schwerfällt, einen direkten Bezug zu ihrem Alltag herzustellen.

Ein weiteres Problem sind Fehler in der Durchführung: Oft wurden Rahmenbedingungen nicht klar kommuniziert, unrealistische Erwartungen geweckt, die später nicht erfüllt werden konnten, oder es wurden nicht alle Menschen einbezogen, die sich beteiligen wollten. Dies führt zu Frustration und Misstrauen gegenüber zukünftigen Beteiligungsprozessen. In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich zudem häufig ein veraltetes Verständnis von Beteiligung – wenn man das Thema anspricht, lautet die erste Reaktion vieler Bürgermeister: „Wann soll ich die Aula in der Schule für den Infoabend reservieren?“ –, doch genau das ist keine echte Beteiligung, sondern nur eine Einbahnstraße der Information. Gleichzeitig sehen sich viele politische Gremien als alleinige Vertreter des Bürgerwillens und empfinden partizipative Verfahren als Konkurrenz zu ihrer eigenen Legitimation, was Beteiligungsprozesse zusätzlich erschwert. Ein weiteres zentrales Problem ist, dass selbst, wenn durch Beteiligung konkrete Projektideen entstehen, deren Umsetzung oft Jahre dauert. Langwierige Verwaltungsprozesse, fehlende finanzielle Mittel oder politische Prioritätenverschiebungen sorgen dafür, dass die sichtbaren Ergebnisse auf sich warten lassen – was das Vertrauen in den Sinn von Beteiligung zusätzlich untergräbt. Im Ergebnis ist eine erhebliche Skepsis gegenüber Beteiligungsformaten entstanden, die mit einer nachlassenden Beteiligungsbereitschaft einherging.



Abb. 1: Mobiles Wohnzimmer in Teterow (Fotos: LGE)

Beispiele, die Mut machen

Die Stadt Teterow hat sich im Rahmen der Erarbeitung ihres Integrierten Stadtentwicklungsprozesses eine intensive Beteiligung der Bewohner auf die Fahnen geschrieben. Mit einem mobilen Wohnzimmer, bestehend aus Sofa, Lampe und Teppich, das an verschiedenen Orten der Stadt aufgestellt wurde, gelang es, Aufmerksamkeit zu erzeugen und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Ergebnis ist es in Teterow gelungen, die Erarbeitung eng mit den Aktivitäten einer lokalen Kulturinitiative zu verzahnen.

Als Auftakt für die Erarbeitung ihres Integrierten Stadtentwicklungskonzepts hat die Stadt Barth in ihrer Innenstadt unter dem Motto „Gib Deinen Senf dazu“ die Bewohner zu einem Bratwurstgrillen eingeladen. Bürgerinnen und Bürger konnten auf Postkarten festhalten, was in ihrer Stadt gut läuft und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Als Anreiz gab es eine Bratwurst vom Bürgermeister – natürlich mit Senf. Dabei gingen über 130 Rückmeldungen zur zukünftigen Entwicklung der Stadt ein.

In der Reuterstadt Stavenhagen startete die Stadt ihre ISEK-Fortschreibung mit einem Waffelbacken in der Innenstadt und einer kostenlosen Eisaktion. Auch hier war es der Ausgangspunkt dafür, dass die Erarbeitung des Konzepts durch ein Gremium interessierter Bürger getragen werden und die Belange der Bürger gut in das ISEK eingebracht werden konnten.

Bemerkenswert in allen Fällen der Akteursaktivierung war, dass die Stadtverwaltung ein ernsthaftes Interesse an dem Prozess hatte, sich externer Unterstützung bediente und zudem die jeweiligen Bürgermeister nicht nur an den Veranstaltungen teilnahmen, sondern auch aktiv an der Vor- und Nachbereitung mitwirkten.



Abb. 2: „Gib Deinen Senf dazu“ in Barth

Fazit

Auch unter schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können Beteiligungsprozesse gelingen. Dazu braucht es zweifellos mehr innovative und praxisnahe Formate, die Menschen dort abholen, wo sie sind. Die Erfahrungen zeigen, dass erfolgreiche Beteiligungsprozesse auf vier zentralen Elementen basieren:

- Erstens ist es entscheidend, zu Beginn eines Beteiligungsprozesses Aufmerksamkeit zu erzeugen und eine offene Gesprächsatmosphäre zu schaffen. Statt klassische Infoveranstaltungen anzubieten, sind kreative Ansätze erforderlich. Sie erzeugen Aufmerksamkeit und



bieten eine gute Möglichkeit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

- Zweitens müssen unterschiedliche Zielgruppen gezielt angesprochen werden. Durch eine ganztägige Tour durch die Stadt konnten wir verschiedene Menschen erreichen: morgens Berufstätige und Senioren, mittags Schülerinnen und Schüler, nachmittags Familien und abends Vereine oder ehrenamtlich Engagierte.
- Drittens braucht es eine tragfähige Struktur, um die gesammelten Ideen weiterzuentwickeln. Eine Steuerungsrunde aus politischen Vertretern, engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinsvorsitzenden und weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft stellt sicher, dass die Beteiligungsergebnisse weiterverfolgt und konkrete Maßnahmen erarbeitet werden. Dabei ist es essenziell, dass auch die oftmals langen Umsetzungsprozesse in den Beteiligungsformaten mitgedacht werden. Denn häufig dauert es Jahre, bis aus einer Idee ein sichtbares Projekt wird – in dieser Zeit kann der Bürgermeister abgewählt, ältere Bürgerinnen und Bürger verstorben und junge Menschen bereits weggezogen sein. Dann stellt sich schnell die Frage: Wer hat das eigentlich entschieden? Um diesem Problem entgegenzuwirken, braucht es eine Verstetigung der Beteiligung. Ein äußerst effektiver und kleinteiliger Ansatz mit geringem Aufwand ist die Etablierung eines Verfügungsfonds. Ein solcher Fonds stellt finanzielle Mittel bereit, mit denen Bürgerinnen und Bürger kleinere Projekte eigenständig umsetzen können. Über die Vergabe der Mittel entscheidet ein Gremium, das sich aus engagierten Personen der Stadtgesellschaft zusammensetzt. Dadurch bleibt das Feuer, das durch Beteiligung entfacht wurde, erhalten, und erste sichtbare Erfolge können schnell realisiert werden. Damit ein solcher Fonds funktioniert, braucht es jedoch eine professionelle Begleitung durch einen Beteiligungsmanager. Je nach Größe des Raums sollte es für jede Region eine eigene Ansprechperson geben, die das Gremium unterstützt, Prozesse begleitet und Beteiligung kontinuierlich vorantreibt. Doch das kostet Geld – und genau hier muss auch die Politik umdenken: Wer echte Beteiligung will, muss sie auch langfristig finanzieren.
- Viertens ist es entscheidend, Problemstellungen verständlich aufzubereiten und lösungsorientiert zu arbeiten. Es geht nicht darum, Herausforderungen zu verharmlosen, sondern sie so zu formulieren, dass alle mitreden und mitgestalten können. Klare Kommunikation ist dabei ein Schlüssel zum Erfolg.

Diese vier Bausteine machen deutlich: Beteiligung kann auch in ländlichen Räumen funktionieren – und sie kann allen Beteiligten Spaß machen. Wenn die Menschen erleben, dass ihre Stimme zählt und ihre Ideen ernst genommen werden, stärkt das nicht nur die Identifikation mit ihrer Gemeinde, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Abb. 3: Kommunikation ist alles – hier in Barth

Beteiligung in ländlichen und schrumpfenden Räumen ist essenziell, um die Menschen vor Ort in Entwicklungsprozesse einzubinden und tragfähige Zukunftsperspektiven zu schaffen. Auch wenn klassische Formate wie Bürgerversammlungen oder Infoabende zunehmend an Wirksamkeit verlieren, ist erfolgreiche Bürgerbeteiligung in diesen Räumen durchaus möglich – und kann sogar Spaß machen. Wenn sie gut gestaltet ist, profitieren sowohl die Bewohner als auch die Gemeinden: Die Bevölkerung fühlt sich ernst genommen, kann ihre Lebensumwelt aktiv mitgestalten, während Kommunen wertvolle Impulse für bedarfsgerechte Entwicklungen erhalten. Damit Beteiligung gelingt, braucht es individuelle, an die jeweilige Situation angepasste Formate, die transparent, praxisnah und niedrigschwellig sind. Zudem müssen sie sichtbare Ergebnisse liefern, um Vertrauen aufzubauen und die Motivation zur Mitwirkung langfristig zu stärken. Nur wenn Beteiligung als lebendiger, gemeinschaftlicher Prozess verstanden wird, kann sie zur Identifikation mit der Region beitragen und ländliche Räume nachhaltig stärken. Sie erfordert transparente Kommunikation, niedrigschwellige Angebote, eine ernsthafte Einbindung von Ideen und eine nachhaltige Beteiligungskultur, die auf langfristiges Vertrauen setzt.



Robert Wick

Diplom-Ingenieur Raumplanung, Projektleiter mit den Tätigkeitsschwerpunkten Stadtumbau und Bürgerbeteiligung, LGE Mecklenburg-Vorpommern GmbH, Schwerin



Julia Quade

Politologin, Projektleiterin mit den Tätigkeitsschwerpunkten Konzepterstellung und Bürgerbeteiligung, Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen